Leipziger Tageblatt und Handels-Zeitung

Abend-Ausgabe

Bezugspreis: für Leipzig und Vororte zweimal täglich ins Haus gebracht, Sonntags als Morgenausgabe monatl. M. 10.—, viertel jährl. M. 30.— für Abholer monatl. M. 5.50. Morgen-Ausgabe allein M. 7.50 monatlich, Abend-Ausgabe allein M. 5.— monatlich. Durch unsere auswärtigen Filialen ins Haus gebracht monatlich M. 10.—, vierteljährlich M. 30.—; durch die Post innerhalb Deutschlands, frei ins Haus geliefert, Gesamt-Ausgabe monatlich M. 8.—, vierteljährlich M. 27.—. Auslandsversand: monatlich M. 12.— und Druckschen-Porto. Einzelnummern: Morgen-Ausgabe 30 Pf. Abend-Ausgabe 40 Pf. Sonntags-Ausgabe 60 Pf.

Das Leipziger Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen des Rates und des Polizeiamtes der Stadt Leipzig, des Amtsgerichts Leipzig, sowie verschiedener anderer Behörden.

115. Jahrgang

Anzeigenpreis: für Gr.-Leipzig u. Umgeb. die einspalt. Nonpareillezeile M. 1.20, von auswärts M. 2.20; Anzeigen von Behörden im amtlichen Teil die Nonpareillezeile M. 3.50, v. auswärts M. 5.—; kleine Anzeigen die Nonpareillezeile M. 1.40, von auswärts Mk. 1.50, Geschäftsanzeigen mit Platzvorschriften im Preise erhöht. Platz- und Datenvorschrift ohne Verbindlichkeit. Beilagengebühr für die Gesamtauflage Mk. 12.— netto, für Teilauflage Mk. 15.— netto pro Mille, Postauflage Postgebühr extra. Fernsprech-Anschluß Nr. 14692, 14693, 14694. — Postscheckkonto 7505. Schriftleitung und Geschäftsstelle: Leipzig, Johannisgasse Nr. 8. Verlag Dr. Reinhold & Co. in Leipzig.

Nr. 75 — **Freitag, den 11. Februar** — **1921**

Die Möglichkeit eines angelsächsischen Krieges

Ein bezeichnender Zwischenfall.

In englischen und amerikanischen Blättern herrscht große Erregung über einen Zwischenfall, der trotz aller Beschönigungsversuche angetan ist, größte Aufmerksamkeit zu erwecken, erhellt er doch die Lage zwischen England und Amerika. Es wird uns darüber gemeldet:

London, 11. Februar. Das Hauptthema der Presse ist der von amerikanischen Blättern aus London gebrachte Bericht über die Unterredung eines hohen Beamten des britischen Foreign Office mit einem amerikanischen Journalisten in London, in der der englische Beamte davor gewarnt haben soll, daß sich das englische und amerikanische Volk einander entfremden, und erklärt haben soll: Wir gehen auf einem Wege, der zum Kriege führt. Dieser Bericht stammt von der Hearst-Presse und ist von der United Preß in den Vereinigten Staaten verbreitet worden. Er hat dort beträchtliches Aufsehen erregt. Er beruht, wie in amtlichen Dementis und von englischen Blättern mitgeteilt wird, auf einer falschen Darstellung der Tatsachen.

Der von dem amerikanischen Berichterstatter erwähnte „hohe Beamte" war der britische Botschafter in den Vereinigten Staaten Sir Auckland Geddes, der in einer vertraulichen Unterredung mit amerikanischen Journalisten in London die Frage der englisch-amerikanischen Beziehungen erörterte. Der Hauptzweck der Unterredung war, die Notwendigkeit eines engen Einvernehmens zwischen Großbritannien und den Vereinigten Staaten zu betonen.

Die „Times" meldet, daß die Mehrzahl der amerikanischen Berichterstatter in einer Sondersitzung die Frage ihrer zukünftigen Beziehungen zu den Vertretern der Hearst-Presse und der United Preß erörtert haben. „Daily Expreß" meldet aus New York, daß das Staatsdepartement die amerikanische Botschaft in London beauftragt hat, beim Auswärtigen Amt in London Erkundigungen in der Angelegenheit einzuziehen. Sollte es sich bestätigen, daß Sir Auckland Geddes zu dem amerikanischen Berichterstatter von der Möglichkeit eines Krieges zwischen Amerika und England gesprochen hat, so unterliege es keinem Zweifel, daß dies auf seine Stellung bei der augenblicklichen amerikanischen Regierung nicht ohne Einfluß sein werde. „Daily Chronicle" zufolge hat Geddes jedoch das Wort Krieg bei der Unterredung gar nicht in den Mund genommen.

Die Blätter nehmen auch in ihren Leitartikeln zu dieser Angelegenheit Stellung. Die „Times" führen erregt aus, es sei leicht begreiflich, weshalb eine Verdrehung der Worte des „hohen Beamten" besonders den deutschfreundlichen Kreisen und den englandfeindlichen Blättern augenblicklich willkommen sei. Lloyd Georges Rede in Birmingham und die allgemeine Zustimmung, die sie in den Vereinigten Staaten gefunden habe, seien schmerzliche Schläge für diese Kreise, und anscheinend suchten sie jetzt Trost in dieser Geschichte. Das Blatt fährt fort, England selbst habe zum Teil Schuld an einem solchen Zwischenfalle. Es bestehe keine amerikanische Politik bzw. keine klare auswärtige Politik in einer Anzahl von Fragen, es bestehe kein Auswärtiges Amt. Es sei von Lloyd George verdrängt worden, der den Leiter des Auswärtigen Amtes oft fallengelassen habe, wie z. B. vor kurzem auf der Pariser Konferenz und bei anderen Gelegenheiten. Unser Hinweis auf die zwischen beiden Ländern schwebenden Fragen wegen Rückgabe der englischen Schuld an Amerika, wegen der Rüstungen zur See, der englisch-japanischen Beziehungen sowie der Petroleumfrage schreibt die „Times", es sei erfreulich, daß in amtlichen Kreisen in Washington und im Kongreß allgemein die Ansicht herrsche, daß ein Buch zwischen Amerika und England wegen dieser Fragen undenkbar sei. Es sei jedoch im Interesse beider Nationen wünschenswert, daß die Behandlung dieser Fragen nicht länger einer zufälligen Diplomatie überlassen werde. Die englische auswärtige Politik müsse auf fundamentalen Grundlagen beruhen. Ihr Hauptpunkt müsse ein aufrichtiges Einvernehmen mit Frankreich sein.

Reuter erfährt dazu von zuständiger Seite, die Meldung beruhe auf einer übertriebenen und verkehrten Auslegung gewisser Erklärungen, die einem amerikanischen Journalisten gegenüber in London in einer vertraulichen Unterredung gemacht worden seien. Die englische Regierung erwarte im Gegenteil, daß die schwebenden Fragen eine baldige befriedigende Regelung erfahren würden. Der Gedanke eines kriegerischen Konflikts mit den Vereinigten Staaten sei lächerlich. (?) Das Auswärtige Amt sei überzeugt, daß jede möglicherweise entstehende Frage ohne Schwierigkeit mit der gegenwärtigen oder mit der zukünftigen amerikanischen Regierung geregelt werden würde.

Tokio, 9. Februar. (Amtlich.) Der Kronprinz von Japan wird sich am 3. März nach England einschiffen.

Amerika gegen den Schuldenerlaß

Brüssel, 11. Februar. Das „B. T." meldet: In Amerika und in den alliierten Ländern dauert eine gereizte Diskussion darüber fort, ob Amerika einen Schuldenerlaß an die Alliierten gemeinsam mit England stattfinden lassen wird oder nicht. Der „Times"-Korrespondent depeschiert dazu: Harding wird in seiner Politik auf zweierlei Wert legen, erstens wird konsequent abgelehnt werden, die Schulden zu erlassen, und zweitens wird ebenso konsequent darauf bestanden werden, daß die alliierten Verpflichtungen, die jetzt in der Form von Schuldscheinen mit der Unterschrift der jeweiligen Botschafter im amerikanischen Schatzamt liegen, so fundiert werden, daß sie verhandelsbare Zinspapiere werden. Der amerikanische Plan geht darauf aus, von den Alliierten langfristige Bonds zu erhalten, deren Zinsfälligkeit mit den amerikanischen Kriegsanleihen zusammenfällt, die aber einen höheren Zinsfuß haben. Wenn diese Fundierung gelingt, plant die amerikanische Regierung, die fremden Schuldpapiere zu übernehmen und auf diesem Wege zu ermöglichen, daß die einheimischen Anleihen abgelöst und dann von Amerika auf fremde Schultern abgewälzt werden.

Der „Times"-Korrespondent fügt hinzu, daß er eine Neigung seitens Amerikas, die deutschen Wiedergutmachungsbonds, die von den Alliierten ausgegeben werden, zu übernehmen, nicht feststellen könne.

Vom Kaiserheer zur Reichswehr

Von

Generalleutnant a. D. Otto Löffler.

Unter dem vorstehenden Titel *) veröffentlicht der überall bekannte, von gleich viel Seiten gefeierte wie befeindete General Maercker einen Bericht über seine Arbeit und Erfahrungen an der Spitze der eigenen Schöpfung, des Freiwilligen Landesjäger-Korps. Das Buch ist fesselnd geschrieben und für die Geschichte der hinter uns liegenden Zeit von dauerndem Werte. General Maercker war immer eine kernige, sich durchsetzende Persönlichkeit. Ueberall haben seine Truppen mit warmer Verehrung an ihm gehangen. Noch heute lebt der einstige Vorgesetzte in dem Gedächtnis seiner Untergebenen. Diese Tatsachen verleihen seinen Ausführungen ein Sondergewicht. Das Bestreben nach einem sachlich abwägenden Urteil kommt hinzu. Aus dem Buche treten die typischen Schwächen und Fehler aller Revolutionszeiten und ihrer Führer greifbar hervor. Man muß wünschen, daß gerade auch die Gegner des Generals dessen Ausführungen nicht unbeachtet lassen.

Freilich hebt sich das Werk — wie jedes als Selbstzweck und in zu nahem Abstande zu den Ereignissen geschriebene — trotz deutlichen Wollens nicht über starke Einseitigkeit hinaus. Das Bedürfnis nach sachlicher Unparteilichkeit und der scharf ausgeprägte persönliche Standpunkt, der in solcher Prägung notwendig parteiisch wird, führen zu gelegentlichem Mangel an Einheitlichkeit und Folgerichtigkeit, die man schon der lebendigen Persönlichkeit gegenüber manchmal empfand und die sich auch in dem Buche widerspiegeln.

Für die Einseitigkeit während des Handelns und im Urteilen liefert das Einrücken in Leipzig 1919 mit dem Abschnitt darüber in General Maerckers Buche das kennzeichnende Beispiel.

Der General hat es seinerzeit für überflüssig gehalten, vor dem Einmarsche die leiseste Fühlung mit dem kommandierenden General und dem Garnisonältesten aufzunehmen. Seine Unterrichtung über die hiesigen Verhältnisse stützte sich auf die Auskünfte einer Stelle, die in bester Absicht, aber in steigender Parteieinseitigkeit wilde Spitzelgerüchte als unbestreitbare Unterlagen bewertete. Wer damals zwischen die beiden äußersten Flügel gestellt war, den erfüllte es mit tiefem Bedauern, wie keine Seite der anderen in aufgeregtem und wieder aufregendem Fanatismus etwas nachgab, wie die persönliche Stellungnahme zum Gegner oder auch nur zu ruhiger Denkenden sich höchstens in der Form unterschied. Nur aus jener Quelle kann eine Behauptung des Generals Maercker über die Befreiung des russischen Kommunisten Schleifstein Mitte April 1919 stammen. Der jüngere Geyer hatte die Freigabe gefordert. Die Polizei und der Garnisonältest, General Löffler, sollen sich — nach Maercker — zur Freilassung trotz der entgegenstehenden Anordnung des Danziger Kriegsgerichts bereiterklärt haben. (S. 238 unten.)

Das ist nicht wahr. Der Hergang hat sich wie folgt abgespielt: Der damalige Platzmajor, Major Kell, mein vortrefflicher Mitarbeiter in schwierigster Lage, legte das Telegramm aus Danzig vor, das um Zuführung Schleifsteins ersuchte. Wir waren ohne einen Augenblick des Schwankens einig, daß die Anforderung unbedingt durchgeführt werden müsse, schon um festzulegen, wie weit Geyer in der Befangenenbefreiung zu gehen entschlossen und fähig war. Drei oder vier zuverlässige alte Unteroffiziere sollten am nächsten Morgen den Transport durchführen. Das Telegramm war die erste Kunde, die das Garnisonkommando über Schleifstein erhielt. Der letztere befand sich im Gewahrsam der Polizei. Mit dieser mußte also in Verbindung getreten werden. Major Kell sollte sich außerdem einen persönlichen Eindruck von dem Häftling verschaffen, weil ein solcher für die Transportanordnungen entscheidend war. Der Platzmajor begab sich deshalb zur Polizei.

Nach etwa anderthalb Stunden meldete er sein Ergebnis. Schleifstein hatte einen ruhigen Eindruck gemacht. Mit der Zustimmung zum Abtransport hatte er die Bemerkung verknüpft, er sei von sich aus zu dem Verlassen Leipzigs entschlossen, da er die Absicht gewaltsamer Befreiung kenne und unbedingt verhindern wolle, daß um seinetwillen Blut flösse. Gerade deshalb bitte er nicht, sondern rate er dringend, ihn am nächsten Morgen nicht nach dem Bahnhofe zu führen. Er werde sich unauffällig dorthin begeben. Eine ebenso unauffällige Ueberwachung stelle er anheim. Major Kell erbat mein Einverständnis mit dem Hinzufügen, daß die Polizei die Maßnahme für richtig halte. Die letztere sei übrigens in größter Besorgnis wegen eines Sturmes auf das Polizeigefängnis.

Ich gab mein Einverständnis. Die Transportbegleiter sollten nachmittags ausgesucht und eingehend belehrt werden. Major Kell war entschlossen, am nächsten Morgen selbst zur Stelle zu sein. Um die Zustimmung zur Polizei zu bringen und dort alle Maßnahmen genau zu verabreden, begab sich Major Kell wieder ins Stadtinnere. Dort fand er das Gefängnis von einer vielhundertköpfigen Menge gestürmt.

So der Hergang. Ich stelle fest, daß General Maercker nie mit mir ein Wort darüber gesprochen oder sich beim Garnisonkommando unterrichtet hat. Daraus folgt der schwere Vorwurf grober Einseitigkeit und Leichtfertigkeit von selbst. Andere Stellen seines Buches unterstützen ihn.

General Maercker pflegt seine Ansichten und Erfolge durch Hinweise auf das Versagen der örtlichen Organe oder der Regierung zu unterstreichen, nicht überall mit Recht. In Leipzig z. B. waren die gebotene Zeit des Durchgreifens der Februar und März 1919. Das empfand auch der kommandierende General. Mit den örtlichen Mitteln wäre jeder Versuch eine blöde Lächerlichkeit gewesen. Auf die Anfrage nach Reichswehr erfolgte die

*) Maercker, Vom Kaiserheer zur Reichswehr. Ein Beitrag zur Geschichte der Deutschen Revolution. Leipzig. Verlag von S. S. Koehler. 1921.

Späte Erkenntnis

Die bayrische Regierung ordnet sich den Reichsinteressen unter. Wenn sie auch in ihrer letzten Erklärung (wir veröffentlichten sie im zweiten Morgenblatt) den bayrischen Standpunkt in der Entwaffnungsfrage noch immer festhält und betont, daß Bayern in der Erhaltung seiner Selbstschutzorganisationen eine Lebensfrage erblicke, so überläßt sie die letzte Entscheidung doch der Reichsregierung, indem sie ausdrücklich bemerkt, daß deutsche, vaterländische Interessen sie in der ganzen Sache lenken.

Es ist erfreulich, daß diese bessere Einsicht in Bayern zum Durchbruch gekommen ist. Die Verzögerung war ebenso überflüssig wie bedauerlich; die ganze leidenschaftliche Erörterung dieser Fragen hätte vermieden werden können, wenn die bayrische Regierung nicht immer nach rechts geschaut und der politischen Gruppierung im Lande mehr Beachtung geschenkt hätte. Das sehen jetzt auch die „Münchener Neuesten Nachrichten" ein. Sie schreiben:

„Es war unserer Ansicht nach ein Fehler, in einer Sache von solcher Tragweite nicht tunlichst bald mit der Sozialdemokratie in Fühlung zu treten. Wenn auch die Koalitionsparteien infolge der Weigerung der Sozialdemokratie, die Verantwortung mitzuübernehmen und in die Koalition einzutreten, zunächst allein die Verantwortung zu tragen haben, so hätte doch im richtigen Augenblick die Fühlungnahme mit den Parteien außerhalb der Koalition nicht versäumt werden dürfen. Dieser Augenblick war gegeben, als die Antwort, die eine Verständigung mit der Reichsregierung zu bringen geeignet ist, im Grundsatz feststand. Es wäre gut, das Versäumte so rasch wie möglich nachzuholen, nicht nur um die Spannung zu lösen, sondern auch um der Bedeutung einer so großen und auf dem Boden der Verfassung stehenden Partei Rechnung zu tragen und die Gefahr einer Erschütterung der Einheitsfront in der Abwehr der Pariser Beschlüsse nicht zu gefährden."

Diese Erkenntnis kommt spät, jedoch noch nicht zu spät. Gerade der Umstand, daß die „M. N. N." zur Verständigung raten, läßt die Hoffnung zu, daß die führenden Politiker die gleichen Absichten hegen. War es doch das Münchener Blatt, das am lautesten nach dem Bürgerblock gerufen hatte. Das Westarpsche Evangelium einer Politik und Regierung ohne, ja gegen die Sozialdemokratie hat in Bayern zu großen Enttäuschungen und Schwierigkeiten geführt. Da es sich in Preußen und im Reiche ebenfalls als untauglich erwiesen hat, ist zu hoffen, daß die Erkenntnis auch außerhalb Bayerns durchdringen wird. Viel dazu beitragen kann und muß allerdings die Sozialdemokratie; auch sie sollte bei der Lage, in der wir uns befinden, parteipolitische Erwägungen zurückstellen und den deutschen Interessen dienen.

Eine Erklärung Kahrs

Im Landesausschuß der Bayerischen Volkspartei nahm Ministerpräsident v. Kahr Stellung zu den politischen Tagesfragen, wobei er hinsichtlich der Frage der Einwohnerwehr nach den „Münchner Neuesten Nachrichten" u. a. ausführte:

Wir sind in dieser Frage mit der Reichsregierung in eine Meinungsverschiedenheit geraten, weil die Orientierung, mit der man in Berlin an die Erfüllung des Friedensvertrages herangeht, eine andere ist als hier. Wir sind der Meinung, daß die Erfüllung des Diktates nur deswegen, um den Diktator zufriedenzustellen, noch keinen Frieden schafft und daß sie zwecklos ist, wenn sie nach der inneren Logik der Dinge keinen Frieden zu schaffen vermag. Wir haben zu der Vernunft, die sich ja doch bei unseren Gegnern wird durchsetzen müssen, das Vertrauen, daß unserem Standpunkt schließlich die Anerkennung seiner Berechtigung nicht auch verweigert werden können, wenn anders es den Gegnern um einen wirklichen Frieden zu tun ist. Nichts ist irriger, als in dem Kampfe Bayerns für seine Einwohnerwehr den Ausdruck einer irredentistischen, nationalistischen Machtpolitik gegenüber den Siegern oder eine kleinliche Eigenbrötelei Bayerns gegenüber dem Reiche sehen zu wollen. Es handelt sich dabei vielmehr letzten Endes um eine Verschiedenheit der Frage, wie wir am besten zu einem Zustande gelangen können, der Siegern und Besiegten in gleicher Weise das Ziel ihrer Politik sein muß.

Wir sind uns dabei bewußt, daß es unser Recht und unsere Pflicht ist, auf die Willensbildung der Reichsregierung mit den uns verfassungsmäßig zustehenden Mitteln in dem Sinne, den wir als recht erkennen, einzuwirken und denjenigen Kräften entgegenzuarbeiten, die wir für verhängnisvoll halten. Wir sind uns aber auch bewußt, daß die letzte Entscheidung und damit die ganze Verantwortung der Reichsregierung überlassen bleiben muß. Dieser Standpunkt dürfte so unangreifbar sein, daß alle Beunruhigung, die in den letzten Tagen entstanden ist, von einem jeden als unbegründet erkannt werden muß.

Eine internationale Anleihe für Deutschland?

Paris, 11. Februar. Der Berliner Korrespondent der „Financiel News" hat seiner Zeitung telegraphisch mitgeteilt: „Ich hoffe, kein Geheimnis zu verraten, wenn ich mitteile, daß der englische Botschafter in Berlin, Lord d'Abernon, zurzeit untersucht, ob die Lage in Deutschland nicht dazu geeignet sei, das Vertrauen für eine aufzunehmende Anleihe zu rechtfertigen. Wenn dieser Plan Wirklichkeit würde, dann wäre er eine gründliche und elegante Lösung der Schwierigkeiten, die jetzt die Finanzsachverständigen aller Länder beschäftigen. Alle neutralen Länder könnten unterschreiben, denn sie leiden tatsächlich alle unter dem Geldüberfluß. Wo eine Krise vorhanden ist, entsteht sie nicht durch den Mangel an Geld, sondern ist auf den ungesunden Geldverkehr zurückzuführen. Holland, die Schweiz, Schweden, Dänemark, die Vereinigten Staaten: alle Länder leiden unter dem gleichen Uebel: zu viel Kapitalien, zu wenig Handel. Eine internationale Anleihe für Deutschland wäre, wie L'Oeuvre" schreibt, die wirtschaftliche Erneuerung der Welt.

Die Gefährdung unserer Binnenschiffahrt

Berlin, 11. Februar. Nach dem Versailler Friedensvertrage soll Deutschland als Ersatz für die Verluste in Fußschiffahrtstonnage, die die Entente während des Krieges erlitten hat, einen Teil seiner Flußschiffahrtsflotte bis zur Höhe dieser Verluste abgeben. Da nunmehr bekannt wird, daß für diese Abgabe von den Gegnern nur Eisenschiffe mit Eisenböden über 500 Tonnen verlangt werden, würden fast 90 Prozent dieser Abgabe der Binnenschiffahrt auf der Weser und der westlichen Häfen zur Last fallen, da die Flußschiffahrtsflotte der Elbe und Oder fast nur über Holz- und Eisenkähne mit Holzböden verfügt. Dadurch würde die Binnenschiffahrt in Nordwestdeutschland vollständig lahmgelegt. Daher hat die Handelskammer in Bremen gegen diesen vernichtenden Schlag durch Telegramm an den Reichskanzler und an den Reichswirtschaftsminister protestiert und ersucht, durch ein entsprechendes Angebot von Schiffsneubauten der Weserschiffahrt ihre Existenz zu erhalten.